



BEM-ANALYSE / Koalitionsvertrag 2025

Berlin, 09. April 2025

Analyse Koalitionsvertrag 2025: Einordnung aus Sicht des Bundesverbands eMobilität und der Neuen Mobilität

Heute wurde der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD vorgelegt. Das knapp 150-seitige Dokument trägt den Titel »**Verantwortung für Deutschland**« und beschreibt die politische Ausrichtung der kommenden Legislatur. Der BEM hat den Vertrag mit Blick auf zentrale Themen der Neuen Mobilität, insbesondere Elektromobilität, Ladeinfrastruktur, Batterieproduktion, Digitalisierung und industrielle Transformation analysiert und mit den Zielsetzungen aus den BEM-Handlungsempfehlungen für unsere Branche abgeglichen.

Erste Einordnung: Licht und Schatten für die eMobilität / Das Positive vorweg: Es finden sich durchaus Bekenntnisse zur eMobilität - etwa durch steuerliche Vorteile, ein Förderprogramm für einkommensschwächere Haushalte, eine verlängerte Mautbefreiung für emissionsfreie LKWs, Investitionen in Ladeinfrastruktur und die Förderung der Batterie- und Rohstoffwirtschaft. Auch KI und autonomes Fahren werden als Zukunftsthemen erkannt. In puncto Digitalisierung werden massive Investitionen in KI und Smart Technologies angekündigt, was Perspektiven für smarte Lade- und Flottenlösungen eröffnet.

Doch im Kern bleibt der Vertrag enttäuschend und weit hinter den Erfordernissen zurück: Wichtige Lenkungsinstrumente - wie verbindliche CO₂-Ziele, eine gesetzliche Quote für eFahrzeuge, klare regulatorische Leitplanken oder ein klares Ende für Plug-in-Hybride und Range-Extender - fehlen. Stattdessen wird die vielfach kritisierte Technologieoffenheit als politische Leitlinie festgeschrieben. Das sendet schwache Signale - gerade im internationalen Wettbewerb und verlängert damit die Unsicherheit für Industrie und Investoren. Die vielzitierte Transformation wird an vielen Stellen verwässert, statt klar gestaltet. Fördermaßnahmen bleiben selektiv und oft unpräzise. Auch das Ziel, Strafzahlungen für Flottenverfehlungen zu vermeiden, deutet eher auf Rückzug als auf Fortschritt. Zielsetzungen werden relativiert, Druck abgebaut, Transformation verlangsamt.

Im direkten Vergleich mit den BEM-Handlungsempfehlungen - die u.a. klare Zielquoten, einen beschleunigten Ausstieg aus fossilen Strukturen, regulatorische Klarheit und konsequente Förderung emissionsfreier Technologien fordern, bleibt der Vertrag weit hinter dem Notwendigen zurück. Die Zukunftsfähigkeit des Mobilitätsstandorts Deutschland wird so weder gesichert noch glaubwürdig gestaltet. Dieser Koalitionsvertrag enthält zwar einzelne positive Signale - insgesamt aber fehlt die entschlossene Richtung, um Deutschland als Leitmarkt und Leitanbieter für die Neue Mobilität zu positionieren. Wo Klarheit, Planungssicherheit und politische Verbindlichkeit gebraucht würden, bleiben Hintertüren offen.

Was jetzt wichtig ist: Der Koalitionsvertrag birgt Chancen - doch er vertut auch viele davon. Die eMobilitätsbranche muss wachsam bleiben und sich konsequent für ihre Interessen einsetzen. Die Branche darf sich von allgemeinen Formulierungen nicht einlullen lassen. Der BEM wird die Bundesregierung an ihren Taten messen, weiterhin konstruktiv-kritisch begleiten und aktiv in den politischen Dialog gehen, um die notwendigen Rahmenbedingungen einzufordern. Es bleibt viel zu tun, um die Green Economy und die Mobilitätswende wirklich auf Kurs zu bringen.

Ergänzender Kontext: Mobilitäts- und Energieversorgung im europäischen Rahmen

Angesichts wachsender geopolitischer Spannungen, volatiler Märkte und globaler Transformationsdynamiken braucht es in den kommenden Jahren eine gemeinsame europäische Strategie, um Versorgungssicherheit, industrielle Resilienz und Standortattraktivität zu sichern. Die Mobilitäts- und Energiewende kann nur dann erfolgreich gelingen, wenn sie eingebettet ist in ein stabiles, bezahlbares und klimaverträgliches europäisches Gesamtsystem.

Der Koalitionsvertrag bezieht sich zwar an mehreren Stellen auf Europa - etwa mit Blick auf eine »Energieunion in Vollendung des Energiebinnenmarkts« oder den »Ausbau grenzüberschreitender Schieneninfrastruktur« - doch es fehlt eine durchgehende strategische Verknüpfung zwischen nationalem Handeln und europäischer Koordination. Die Mobilitätswende wird nicht als gesamteuropäisches Projekt beschrieben,



verbindliche Flottenziele und Ladeinfrastrukturstandards bleiben auf nationaler Ebene angesiedelt, ohne eine aktive europäische Abstimmung zu adressieren. Auch im Energiesektor bleibt das Bekenntnis zur europäischen Resilienz eher technokratisch als strategisch - zentrale Zukunftsfelder wie ein synchronisierter Ausbau Erneuerbarer Energien, gemeinsame Speicherstrategien oder koordinierte Wasserstoffnetze werden nur randständig behandelt.

Dabei wäre gerade jetzt ein aktives europäisches Zusammenspiel entscheidend - insbesondere in einem internationalen Umfeld, das zunehmend durch Subventions- und Standortkonkurrenz geprägt ist. Eine koordinierte Green Economy im europäischen Verbund - im Sinne eines **Europe United** - wäre Grundvoraussetzung für Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und technologische Souveränität.

Der Koalitionsvertrag benennt zentrale Herausforderungen - bleibt aber bei der konkreten europäischen Verknüpfung in den Bereichen Energie und Mobilität auffällig unambitioniert.

Zusätzliche Analyse: Koalitionsvertrag 2025 / Auswirkungen auf die eMobilität

Im Folgenden finden Sie eine vertiefende Übersicht zu zentralen Aspekten des Koalitionsvertrags im Kontext der Elektromobilität, basierend auf einer Auswertung durch den BEM.

Positiv bewertete Maßnahmen:

1. Bekenntnis zum Automobilstandort und zur eMobilität

Die Koalition betont die Bedeutung der Automobilwirtschaft in Deutschland und stellt gezielte Fördermaßnahmen für die Transformation in Aussicht:

- Erhöhung der Bruttopreisgrenze für die Dienstwagenförderung auf 100.000 €
- Sonderabschreibungen für eFahrzeuge
- Kfz-Steuerbefreiung für Elektrofahrzeuge bis 2035
- Förderprogramm für Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen
- Weiterführung der Förderung für PHEV (Plug-in-Hybride) und EREV (Range-Extender)

2. Ladeinfrastruktur und Logistik

- Beschleunigter Ausbau des flächendeckenden Lade- und Schnellladenetzes
- Förderung des gewerblichen Depotladens
- Mautbefreiung für emissionsfreie LKW über 2026 hinaus

3. Batterieproduktion und Kreislaufwirtschaft

- Förderung der Batteriezellfertigung inklusive Rohstoffgewinnung, Recycling und Maschinenbau
- Stärkung der Kreislaufwirtschaft und strategischer Rohstoffe (z. B. Lithium)

4. Autonomes Fahren

- Ankündigung rechtlicher Grundlagen für den Regelbetrieb autonomen Fahrens - ein zentraler Zukunftsmarkt für BEV

5. Digitalisierung und KI

- Investitionen in KI, Robotik und smarte Anwendungen bieten Potenziale für Lade-, Flotten- und Energiemanagementsysteme



Kritische und potenziell problematische Punkte:

1. Technologieoffenheit als Leitsatz

- Die Festlegung auf Technologieoffenheit statt Technologieentschlossenheit schwächt die Planungssicherheit für batterieelektrische Lösungen
- Die fortgesetzte Förderung von PHEV und EREV wird trotz Effizienz- und Klimakritik beibehalten

2. Keine klaren CO₂-Vorgaben oder Quoten

- Gesetzliche eMobilitätsquote wird explizit abgelehnt
- Überprüfung, aber keine Verschärfung der CO₂-Ziele für schwere Nutzfahrzeuge
- Fokus auf Abwehr von Strafzahlungen bei Flottengrenzwerten statt konsequente Reduktion von Emissionen

3. Unklare regulatorische Perspektive

- Fehlende politische Festlegungen schaffen Unsicherheiten bei Infrastruktur- und Flotteninvestitionen
- Statt verbindlicher Dekarbonisierungsfahrpläne bleibt der Koalitionsvertrag in vielen Punkten vage

Zusätzliche Herausforderungen und Entwicklungen:

+ Wasserstoffwirtschaft und CCS

- Der Hochlauf von Wasserstoff wird angekündigt (»alle Farben« - kritisch)
- Auch CCS (CO₂-Abscheidung und -Speicherung) soll unterstützt werden - mit Bedeutung für Industrie und Teile des Schwerlastverkehrs

+ Digitalisierung und Automatisierung

- Massive Investitionen in KI und digitale Infrastrukturen bergen Chancen für neue Geschäftsmodelle und smarte Mobilitätslösungen

- Fachkräftemangel

- Trotz einzelner Initiativen (z. B. Fachkräfteagentur) bleibt der Fachkräftemangel eine zentrale Wachstumsbremse - insbesondere im Bereich Ladeinfrastruktur und Installation sowie Werkstätten

Gesamtfazit der Analyse:

Der Koalitionsvertrag enthält einzelne Fortschritte für die eMobilitätsbranche - insbesondere im Bereich Förderung, Infrastruktur und industrieller Wandel. Gleichzeitig fehlt es an klaren regulatorischen Zielmarken, Quoten und politischer Entschlossenheit, wie sie aus Sicht des BEM zur Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit, Standortattraktivität und Klimaverantwortung dringend nötig wären.

Begleitend zum politischen Geschehen beleuchten wir aktuell im Rahmen unserer täglichen LinkedIn-Posts zentrale Inhalte der BEM-Handlungsempfehlungen. Die Einordnung des Koalitionsvertrags wird auch dort weitergedacht - fundiert, pointiert und im Dialog mit Branche und Politik. Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen, Teilhabe und das Teilen in Ihren Netzwerken. **Vielen Dank.**